

# GEWERKSCHAFTEN UND RECHTSPOPULISMUS IN EUROPA

Länderstudie Slowenien

Matej Klarič  
März 2023

## RECHTSPOPULISMUS – EINE BEGRIFFSBESTIMMUNG

Populismus wird in der Regel mit dem Aufstieg rechter und rechtsextremer Bewegungen im Westen in Verbindung gebracht, obwohl der Begriff ursprünglich von der Politikwissenschaft als Bezeichnung für linke politische Bewegungen (einschließlich der *People's Party*) übernommen wurde, die sich Ende des 19. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten von Amerika für mehr Rechte der Landwirt\*innen und Arbeiter\*innen einsetzten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verbreitete sich der Begriff von den USA aus in andere Teile der Welt, zunächst nach Lateinamerika, wo er zur Bezeichnung des Regierungsstils von Juan Perón in Argentinien und Getúlio Vargas in Brasilien herangezogen wurde (Šalaj 2018).

Šalaj (2018) verortet die Ursprünge der heutigen Bedeutung des Begriffs in den 1950er-Jahren. Damals bezog Edward A. Shills seine Definition des Populismus darauf, dass »die Bevölkerung mit der bestehenden, von der herrschenden Klasse vorgegebenen Gesellschaftsordnung unzufrieden und der Meinung ist, dass diese herrschende Klasse ein Monopol auf Macht, Eigentum und Kultur besitzt«. Die einflussreichste zeitgenössische Begriffsbestimmung des Populismus in der von Šalaj beschriebenen Form stammt von dem niederländischen Politikwissenschaftler Cas Mudde. Er definiert Populismus als »eine Ideologie, die die Gesellschaft in zwei gegensätzliche Gruppen spaltet, das gemeine Volk und eine korrupte Elite, und den Standpunkt vertritt, dass Politik Ausdruck des Volkswillens sein sollte« (Šalaj

(2018). Eine ähnliche Definition wurde etwas früher von Torcuato Di Tella (1995) ins Spiel gebracht. Er verstand Populismus als »eine politische Bewegung, die die Interessen, die Kultur und die spontanen Gefühle des einfachen Volkes gegenüber denen der privilegierten Elite in den Mittelgrund rückt«. Der Leitgedanke des Populismus sei, dass die Gesellschaft sich in zwei homogene und antagonistische Gruppen teilt: das ehrliche Volk und die korrupte Elite.

## UNTERSCHIEDE ZWISCHEN LINKS- UND RECHTSPOPULISMUS

Šalaj (2018) unterscheidet zwischen Links- und Rechtspopulismus. Wenn die Eliten überwiegend liberal sind, nimmt der Populismus reaktionäre Formen an, wie dies vor allem in Europa in den vergangenen zwei Jahrzehnten der Fall war. Sind die herrschenden Eliten hingegen überwiegend konservativ, stützt sich der Populismus – wie sich beispielhaft an Hugo Chávez in Venezuela, Evo Morales in Bolivien und Rafael Correa in Ecuador nachvollziehen lässt – auf linke politische Werte und macht es sich beispielsweise zur Aufgabe, die Interessen der Arbeitnehmer\*innen gegen die der reichen Kapitalist\*innen zu verteidigen. Es gibt jedoch einen entscheidenden Unterschied zwischen den beiden Ausprä-

gungen des Populismus, der beachtet werden sollte. Aus ideologisch linker Sicht ist es vor allem das System, das Probleme schafft und zum Wohle aller Menschen verändern werden sollte. Der Rechtspopulismus – also die extreme Rechte – sieht vor allem »gefährliche Andere« als Bedrohung und verspricht, dass deren Beseitigung die Probleme lösen werde, und schiebt damit die Schuld den Einwanderer\*innen, ethnischen Minderheiten, dem Einfluss des ausländischen Kapitals usw. zu. Eine grundlegende Systemänderung wird hingegen nicht angestrebt.

## UNTERSCHIEDE ZWISCHEN RECHTS-POPULISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS

Wichtig ist noch eine weitere Differenzierung. Richard Stöss (2017) unterscheidet zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Wenn wir den institutionalisierten Rechtsextremismus analysieren, sollten wir zwischen dem gemäßigten und dem orthodoxen Rechtsextremismus unterscheiden. Der institutionalisierte Rechtsextremismus versucht seine Forderungen innerhalb der bestehenden politischen Ordnung durchzusetzen und distanziert sich (wenn auch oft nur verbal oder halbherzig) vom historischen Faschismus. Der orthodoxe Rechtsextremismus bekennt sich offen zur Ablehnung des politischen Systems, duldet oder unterstützt gewalttätiges Handeln und beruft sich auf historische Vorbilder, um das eigene Programm zu untermauern.

## URSACHEN FÜR DEN AUFSTIEG DER EXTREMEN RECHTEN

Eines gilt es allerdings hinzuzufügen: Den Nährboden für den Aufstieg des Populismus in seinen verschiedenen Ausprägungen bildet die soziale Unzufriedenheit, die eine unmittelbare Folge der sich verschlechternden (finanziellen und sozialen) Lage ist. In Europa hat der Rechtspopulismus am deutlichsten nach 2008 und der Krise des Kapitalismus zugenommen. Die Sparmaßnahmen nach der Krise haben die Lage der Menschen erheblich verschlechtert und führten somit zu größerer Unzufriedenheit. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang ein Blick in die Vergangenheit – konkret auf die Politik des Reichskanzlers Heinrich Brüning, die auf Sparsamkeit, ausgeglichene Haushalte, Entlassungen im öffentlichen Sektor, Lohnkürzungen usw. setzte. Diese Politik entsprach somit weitgehend der neoliberalen Politik, die in ihrer orthodoxesten Form nach der Krise von 2008 betrieben wurde und in den Gründungsdokumenten der EU festgeschrieben ist.

Zum Nachfolger von Reichskanzler Heinrich Brüning wurde Adolf Hitler gewählt. Seine rechtsextreme Partei steigerte ihren Stimmenanteil von 2,6 Prozent vor der Krise auf 43,3 Prozent im Nachkrisenjahr 1933. Ein ähnlicher Aufschwung rechtsextremen Gedankenguts hat sich im Westen in den vergangenen zehn Jahren infolge einer vergleichbaren Wirtschaftspolitik vollzogen.

Die Ereignisse, die zu den nationalistischen Kriegen im ehemaligen Jugoslawien führten, werden heute völlig außer Acht gelassen. Auch hier war der Aufschwung rechtsextremen nationalistischen Gedankenguts, der in einen Krieg gipfelte, auf die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verordneten Sparmaßnahmen zurückzuführen. Wie die meisten peripheren und halbperipheren Länder geriet Jugoslawien nach der Ölkrise der frühen 1970er-Jahre in die Falle der »billigen« Kredite. Lowinger (2009) hebt die Rolle des IWF hervor, der bereits in den späten 1970er-Jahren begonnen hatte, Jugoslawien harte »Sparmaßnahmen« aufzuerlegen, durch die sich die wirtschaftliche Lage des Landes verschlechterte. Zwischen 1979 und 1988 schloss Jugoslawien sechs Stand-by-Kredite mit dem IWF ab, da das Land auf ausländische Kapitalzuflüsse angewiesen war. Lowinger wertet den aufkommenden Nationalismus als Folge dieser Politik, die den Zerfall Jugoslawiens und den blutigen Krieg erst ermöglichte habe. Wolff (2014) äußert die Ansicht, der IWF habe in Jugoslawien eine besonders unheilvolle Zeit heraufbeschworen, indem er in hohem Maße zur wachsenden Armut im Lande beigetragen habe. Die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung aufgrund der sich verschärfenden wirtschaftlichen Situation (Inflation, Zuspitzung der Schuldenkrise usw.) habe den politischen und wirtschaftlichen Zerfall der jugoslawischen Föderation beschleunigt (Popović 1996).

## EINE KURZE GESCHICHTE DER SLOWENISCHEN UNABHÄNGIGKEIT

Slowenien schlug nach der Unabhängigkeit einen Sonderweg ein und durchlief einen anderen Transformationsprozess als andere postsozialistische Länder, die mehr oder weniger ambitioniert der Doktrin der radikal neoliberalen Schocktherapie folgten. Im Gegensatz zu einigen anderen Ländern des ehemaligen Jugoslawiens vermied Slowenien einen langwierigen Krieg. Nach 1991 entwickelte das Land sich zielstrebig nach demselben Muster wie schon nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Von 1991 bis 2004 bewegte sich Slowenien – so wie Europa in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und bis in die 1970er-Jahre hinein – in Richtung eines neo-korporatistischen

Systems (Klarič 2021). Dies geschah im Gegensatz zu anderen postsozialistischen Ländern vor allem unter dem Druck starker Gewerkschaften, des Erbes des Sozialismus und eines Verhältniswahlrechts, das die politischen Parteien zwang, breitere gesellschaftliche Interessen zu berücksichtigen und bei der Bildung von Regierungskoalitionen zusammenzuarbeiten. Der Sozialismus hinterließ mitgliederstarke, mächtige Gewerkschaften, die mit ihren Protesten die Regierung leichter dazu bringen konnten, ihre Interessen zu berücksichtigen. Im Grunde wollten die Regierungen nach ihrer Unabhängigkeit zunächst auch in Slowenien radikale neoliberale Reformen einführen. Da dies nicht möglich war, bauten sie in ihrer Politikgestaltung, wie das Nachkriegseuropa unter dem Einfluss des Keynesianismus, auf trilaterale Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften, der Regierung und den Arbeitgebern. Ein Grundgedanke der Politik war die Förderung von Vollbeschäftigung, Lohnwachstum usw. Slowenien erzielte in dieser Zeit beneidenswerte Ergebnisse und nahm eine Entwicklung, die manche vor allem wegen der positiven Wirtschaftsindikatoren als Erfolgsgeschichte beschrieben. Die meiste Zeit war die linksliberale *Liberalna demokracija Slovenije* (LDS, Liberaldemokratie Sloweniens) die größte Regierungspartei.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union 2004 war das bisherige Entwicklungsmodell beendet. Im Beitrittsjahr gewann die rechte Mitte die Wahlen und die Regierungspolitik vollzog eine Wende hin zu einer radikaleren neoliberalen Doktrin. Diese Wende wies Parallelen zu dem Umschwung auf, der im Westen bereits gegen Ende der 1970er-Jahre stattgefunden hatte – mit dem Unterschied, dass hier der Wandel etwas andere Gründe hatte. Der Staat verlor einige seiner makroökonomischen Einflussmöglichkeiten im fiskalischen und monetären Bereich (die Möglichkeit, Zölle zu erheben, die umlaufende Geldmenge autonom zu steuern und – besonders wichtig – die eigene Währung abzuwerten). Diese Mechanismen hatten es Slowenien zuvor ermöglicht, eine eigenständige keynesianische Politik zu betreiben.

Vor allem die oben erwähnten Strukturveränderungen, die sich durch den Beitritt zur EU und durch den Zwang zur Einhaltung ihres in den EU-Dokumenten festgeschriebenen neoliberalen Regelwerks ergaben, zwangen Slowenien, seine Politik zu ändern. Damit verlor das Land einen Teil seiner (wirtschaftlichen) Souveränität, die einer der Hauptgründe für die gewonnene Unabhängigkeit war. Mit massiven Protesten verhinderten die Gewerkschaften im November 2005 (erneut) die radikale Umsetzung neoliberaler Reformen der rechten Regie-

rungskoalition unter Führung der *Slovenska demokratska stranka* (SDS, Slowenischen Demokratischen Partei) und Premierminister Janez Janša. Die Partei kam nach einer langen Regierungszeit der LDS an die Macht. Die SDS war damals wirtschaftspolitisch neoliberal ausgerichtet, verfolgte aber in anderen Politikfeldern einen weniger extremen Kurs als in späteren Zeiten.

Nachdem Slowenien der Eurozone beigetreten war und keine Handhabe hatte, um eine Überhitzung der Wirtschaft und eine übermäßige Kreditaufnahme im Ausland zu verhindern, kam es zu einem enormen Anstieg der Auslandsschulden. In den darauffolgenden vier Jahren verdoppelte sich die Bruttoauslandsverschuldung des Landes. Gleichzeitig stieg die Staatsverschuldung an – eine Folge unüberlegter Reformen, mit denen die Körperschaftsteuer und der Steuersatz für die Reichsten gesenkt wurden. Als 2008 die Krise ausbrach, waren die Regierenden sich ebenso wenig wie Expert\*innen und Politiker\*innen im Westen über das Ausmaß und die (strukturellen) Langzeitwirkungen dieser Krise im Klaren. Wie schlecht Slowenien auf die Krise vorbereitet war, zeigte sich an der Politik, welche die slowenischen Regierungen nach 2008 betrieben. Nach der Wahlniederlage Ende 2008 trat die Regierung von Borut Pahor, dem Parteichef der *Socialni demokrati* (SD, Sozialdemokraten), die Nachfolge von Janšas Regierung an. Diese Koalition verfolgte, obwohl sie von der SD angeführt wurde, ebenfalls eine neoliberale Politik, die damals auf Sparmaßnahmen setzte und sich hauptsächlich gegen die ärmsten Schichten der Gesellschaft richtete. Aufgrund der schleppenden und unzureichenden Maßnahmen, die zu einem Rückgang der Nachfrage führten, ging auch das Wirtschaftswachstum zurück. Auf dem Höhepunkt der Krise gab es in Slowenien insgesamt drei Regierungswechsel; neue Politiker\*innen mit neuen Parteien versprachen eine andere Politik (dieses Versprechen lösten sie nicht ein) und gewannen die vorgezogenen Wahlen nach dem Abgang der Regierung Pahor. Aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit, der Armut sowie der Kürzungen von Renten, Löhnen und anderen Leistungen war die Unzufriedenheit mit dem politischen Kurs groß. Dennoch hielten die verschiedenen Regierungen an einer (mehr oder weniger) radikal neoliberalen Politik fest, die ihnen von internationalen (und insbesondere europäischen) Institutionen wegen der immer höheren Verschuldung aufgezwungen wurde. Dadurch gab es noch weniger Spielraum für eine alternative Politik als nach dem Beitritt zur Eurozone. Erst Ende 2014 begann sich die Krise zu entspannen. Seitdem verzeichnet Slowenien eine der höchsten Wachstumsraten in der

EU, wovon jedoch vor allem die wenigen Wohlhabenden profitieren. Die Ungleichheit hat weiter zugenommen. Im Jahr 2014 gewann der Newcomer Miro Cerar die Wahlen mit seiner Miro-Cerar-Partei, die später in *Stranka modernega centra* (SMC, Partei des Modernen Zentrums) umbenannt wurde, um deutlich zu machen, dass sie sich als Gegenpol zur SDS versteht, die für die grassierende Korruption verantwortlich gemacht wurde.

## DIE ROLLE DER SOZIALPARTNER UND EINE KURZE GESCHICHTE DER ENTWICKLUNG DES SOZIALEN DIALOGS

Wie bereits erwähnt, regierten in den 1990er-Jahren durchgehend instabile Mitte-links-Koalitionen. Diese Regierungen waren einerseits offen für die Forderungen der Gewerkschaften, andererseits waren sie durch die fortlaufende Anpassung an die Vorschriften und Forderungen der EU stark festgelegt. Sie mussten während des Beitrittsverfahrens die hohe Inflation, die 1995 erstmals unter 10 Prozent fiel – nachdem sie zuvor im drei- und dann im zweistelligen Bereich gelegen hatte (Silva-Jauregui 2004) – in den Griff bekommen. Die Inflationsbekämpfung hatte daher für alle slowenischen Regierungen Priorität. Dieses Ziel setzte eine konsequente Lohnzurückhaltung voraus, die ohne eine nachhaltige Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern nicht möglich war. Folglich richtete sich die Politik darauf aus, Arbeitsplätze zu sichern, die Erwerbslosenquote niedrig zu halten und die relativ hohe Inflation langsam zu senken.

Es scheint, dass die Konstellation aus starken Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und instabilen Mitte-links-Koalitionsregierungen fast wie von selbst zu einem »neo-korporativen« Kompromiss führten. Die institutionelle Verankerung des neokorporativen Systems wurde 1994 mit der Gründung des Wirtschafts- und Sozialrats (ESS), der wichtigsten Institution für den sozialen Dialog, abgeschlossen. Der ESS ist im Wesentlichen das Resultat des politischen Austauschs zwischen der ersten Mitte-links-Regierung und den Gewerkschaften. Angesichts des hohen Inflationsdrucks wollte die Regierung auf Lohnzurückhaltung setzen, war sich aber bewusst, dass sie diese ohne die Unterstützung der Gewerkschaften nicht würde durchsetzen können.

Die Einrichtung des ESS war in gewisser Hinsicht der »Preis«, den die Regierung für die Unterstützung der Gewerkschaften zahlen musste. Seit 1994 haben die Sozialpartner im Rahmen des ESS systematisch über einkommenspolitische und andere

politische Maßnahmen verhandelt. Die Verhandlungen führten zu ein- oder zweijährigen Vereinbarungen über die Einkommenspolitik. Gelegentlich hatten diese Vereinbarungen auch den Charakter umfassenderer Sozialpakete, in denen lohnpolitische Aspekte von zentraler Bedeutung waren (Stanojević/Klarič 2013).

Der wichtigste Mechanismus zur Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen war das zentralisierte Tarifverhandlungssystem. In den 1990er-Jahren gaben die allgemeinen Tarifverträge für den öffentlichen Dienst und die Privatwirtschaft den Rahmen für die sektoralen Verhandlungen vor. Damals wurden die Branchentarifverträge in fast allen slowenischen Organisationen umgesetzt. Wegen der Pflichtmitgliedschaft der Unternehmen in der Handelskammer – sie war der Hauptverhandlungspartner und Unterzeichner der Tarifverträge – war die Reichweite außergewöhnlich hoch und schloss fast alle abhängig Beschäftigten ein (Glassner 2013).

Mitte der 2000er Jahre begann der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer\*innen rapide zurückzugehen. Die Tragweite dieses Transformationsprozesses, der mit dem EU-Beitritt Sloweniens einsetzte, ist mit den massiven Veränderungen der frühen 1990er-Jahre vergleichbar. Von 2005 bis 2008 sank der gewerkschaftliche Organisationsgrad von 40 auf unter 30 Prozent und später auf etwa 20 Prozent. Der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Fabrikarbeiter\*innen nahm relativ schnell ab. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad im öffentlichen Dienst ist stabil und/oder wächst, reicht aber nicht aus, um die Verluste im produzierenden Gewerbe auszugleichen.

Dennoch hat sich die Verteilung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitskräfte auf die wichtigsten Gewerkschaftsorganisationen nicht wesentlich verändert. Trotz des massiven Schwunds der vergangenen Jahre ist der Bund der unabhängigen Gewerkschaften Sloweniens (*Zveza svobodnih sindikatov Slovenije*, ZSSS) nach wie vor der größte Gewerkschaftsbund, so wie er es schon in den 1990er-Jahren war. Der ZSSS hat heute 23 Gewerkschaften als Mitglieder und konzentriert sich traditionsgemäß in erster Linie auf Industriearbeiter\*innen; der ZSSS deckt mehr als die Hälfte der gewerkschaftlich organisierten Bevölkerung ab (Visser 2011).

2006 gründeten einige größere Gewerkschaften die Konföderation der Gewerkschaften des Öffentlichen Sektors in Slowenien (*Konfederacija sindikatov javnega sektorja Slovenije*, KSJS), in der fast ein Viertel der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft



vertreten ist. Die Mitgliedsorganisationen dieses neuen Verbandes sind relativ stark und autonom. Im Vergleich zum ZSSS, bei dem die interne Fragmentierung auf der Mikroebene besonders ausgeprägt ist, splittert die KSJS sich eher auf Branchenebene auf. Die übrigen Gewerkschaftsorganisationen, die etwa 20 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft abdecken, bestehen aus kleineren Verbänden – also aus eigenständigen landesweiten Gewerkschaften, denen zumeist Beschäftigte des öffentlichen Dienstes angehören, und aus einigen Betriebsgewerkschaften (Visser 2011).

Bei der Handelskammer, der wichtigsten Arbeitgeberorganisation, bestand in den 1990er-Jahren eine Pflichtmitgliedschaft. Da die Handelskammer der wichtigste Verhandlungspartner der Arbeitgeber war, wurden die Tarifverhandlungen faktisch zentralisiert und galten nahezu flächendeckend. Parallel zur Handelskammer gab es auch eine Kammer für kleine und mittlere Unternehmen – ebenfalls mit obligatorischer Mitgliedschaft.

Unter dem Druck internationaler Organisationen – insbesondere der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), die kritisierte, dass Pflichtverbände an autonomen und freiwilligen Tarifverhandlungen mitwirkten – gründeten beide Kammern Mitte der 1990er-Jahre parallel freiwillige Interessenverbände. Diese neuen Arbeitgeberverbände beteiligten sich an Tarifverhandlungen und Verhandlungsprozessen im Wirtschafts- und Sozialrat, waren aber von den finanzstarken und einflussreichen Kammern abhängig.

Unter der Mitte-rechts-Koalitionsregierung wandelte die Situation sich radikal. 2006 änderte sich die Stellung der Handelskammer; ihr bisheriger Status als Pflichtverband wurde abgeschafft. Gemäß der neuen Gesetzgebung wurde sie in eine freiwillige Interessenvertretung umgewandelt. Der neue Status hatte einen sofortigen Mitgliederschwund zur Folge und zwang die Kammer, Mitglieder zu werben und somit eine neue, radikalere Politik zu verfolgen, die den Interessen ihrer potenziellen Zielgruppen näherkommen sollte. Dies führte zu einer Radikalisierung des bis dahin eher moderaten Arbeitgeberverbands, der zuvor eine zentrale Rolle bei den Verhandlungen über Sozialpakete gespielt hatte (Stanojević/Klarič 2013).

In den vergangenen zehn Jahren sahen sich die Gewerkschaften – wie in ganz Europa nach der Krise von 2008 – mit diversen unpopulären Maßnahmen konfrontiert, gegen die sie sich auf Dauer nur schwer wehren konnten. Der Beitritt Sloweniens zur EU hat ihre Macht zusätzlich geschwächt, da sie sich den

Vorgaben der EU-Institutionen beugen mussten. Dennoch waren sie, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, während des gesamten Zeitraums im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialrats (ESS) aktiv. Dem ESS gehören sieben Gewerkschaften an, von denen ZSSS und KSJS die beiden größten sind. Die Arbeitgeberorganisationen sind im ESS durch den slowenischen Arbeitgeberverband, die Kammer für Handwerk und Unternehmertum Sloweniens (OZS), den Verband der Arbeitgeber in Handwerk und Kleinunternehmen Sloweniens (ZDOPS) und die Industrie- und Handelskammer Sloweniens (GZS) vertreten.

## **DIE SLOWENISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI – VON GEMÄSSIGT BIS RECHTSEXTREM**

Im Herbst 2015 kam es zu einer weiteren Zäsur. Zahlreiche Geflüchtete durchquerten in dieser Zeit Slowenien auf der Suche nach einer besseren Zukunft. Damals begann Janšas SDS, sich rechtsextremes Gedankengut zu eigen zu machen und mit Hasstiraden gegen Geflüchtete politisch zu punkten. Dennoch gelang es der Partei nicht, an die Macht zu kommen. Selbst nach der Wahl von 2018 blieb die SDS in der Opposition, obwohl sie die meisten Stimmen erhielt – denn die anderen Parteien weigerten sich zunächst mehrheitlich, mit ihr eine Regierung zu bilden.

Durch eine Wendung der Ereignisse genau zu Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 gelang es der SDS dann doch, eine Regierung zu bilden. Seitdem bewegt sie sich nach rechts außen. Dass sie unabhängige Institutionen wie das Verfassungsgericht, die Staatsanwaltschaft und die Medien attackiert und die Anti-Corona-Maßnahmen rigoros durchsetzte (im Land gab es eine strikte, ungefähr sechsmonatige Ausgangssperre und Beschränkungen der Bewegungsfreiheit zwischen den Städten und Gemeinden), hat vielfach zu Protesten geführt. Manchen Protestaktionen schlossen sich auch die Gewerkschaften an, da der Dialog mit der ESS ausgesetzt worden war. Bezeichnend war, dass Mitglieder rechtsextremer und sogar neonazistischer Bewegungen (die sich irreführenderweise kleideten wie die Gelbwesten in Frankreich) der Regierung mehrmals zu Hilfe kamen, indem sie sich an den Protestkundgebungen beteiligten, dort regierungsfreundliche und patriotische Slogans skandierten (für Slowenien, für den Einsatz der Armee an den Landesgrenzen, »Anarchisten sind linke Faschisten« usw.) und andere Demonstrant\*innen provozierten. Von der Polizei wurden sie geschützt und von Premierminister Janša und einigen anderen Minister\*innen für ihren Mut gelobt.

Die erwähnten Sympathien zwischen SDS und rechts-extremen Bewegungen machen es unmöglich, eine politisch tragfähige Alternative innerhalb der extremen Rechten auszumachen. Der ehemalige Staatssekretär der Janša-Regierung, Bernard Brščić, scheiterte beispielsweise mit seinem Versuch, mit den rechts-extremen Ansichten der damals gegründeten Partei *Dom* (Heim) bei den Europawahlen anzutreten. In Wahrheit war die Partei deswegen nicht erfolgreich, weil ihre Wählerschaft bereits von der SDS erfolgreich angesprochen wurde. Ähnlich verhielt es sich mit der politischen Gruppierung von Andrej Šiško, der paramilitärische Milizen für die Grenzüberwachung organisierte. Auch seine Partei *Gibanje Zedinjena Slovenija* (ZSi, Bewegung Vereinigtes Slowenien) konnte keinerlei Wahlerfolge verbuchen.

Die SDS kann nicht eindeutig als rechtsextreme Partei bezeichnet werden, denn sie tritt auch für politische Ziele ein, die gemäßiger sind. Ihre Anschauungen sind aber jedes Mal, wenn sie unter der Führung ihres Vorsitzenden Janša an die Macht kam, der seit 28 Jahren Parteivorsitzender ist, tendenziell immer totalitärer geworden. Janša will sich alle Teile der Gesellschaft untertan machen und wird als politischer Führer immer radikaler, was in der Öffentlichkeit auf starken Widerstand stößt. Politische Impulse bezieht die SDS auch vom ungarischen Ministerpräsidenten Orbán, der massiv in ihre Parteimedien investiert hat, und vom ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump. So hat sie Gedankengut über den »Staat im Staat« (den »Deep State«) oder über Linksfaschismus und Kulturmarxismus vom republikanischen Lager übernommen.

Vehovar nennt den Modus Operandi der SDS einen »administrativen Staatsstreich«, bei dem es eine Trennung zwischen »uns« und »denen« gibt. Mit »denen« sind die »Feinde« gemeint, die angeblich den Staat gekapert haben (Plavčak 2020). Sie sind dabei, uns zu zerstören, und müssen daher besiegt werden. Bei einem administrativen Staatsstreich »sind die Gewaltmittel nicht Straßenkämpfe, sondern ressort- und ämterübergreifende Kämpfe, bei denen halblegales oder sogar illegales Verwaltungshandeln und die Parteiarmee sich hemmungslos breitmachen«. Vehovar beschrieb die Vorgehensweise der Janša-Regierung (März 2020–Juni 2022) so: »Es wird eine gewalttätige Front aufgebaut, und Systeme, Subsysteme, Verwaltungs- und Expertenstrukturen (und damit Wissen, Fähigkeiten, soziale und zivilisatorische Umgangsformen), durch die der Staat seine institutionelle Funktionsfähigkeit gewährleistet, werden mit den Panzern der Administration niedergewalzt. Wenn eine Partei unter dem Vorwand einer realen oder erfundenen Krise Be-

amt\*innen aus Entscheidungspositionen entfernt und durch eigene Parteiaktivist\*innen ersetzt, sichert sie sich nicht nur ein gefügiges und gehorsames Personal, das ihr die absolute Macht ermöglicht; sie bekämpft gleichzeitig den Feind, indem sie das imaginäre feindliche (>kommunistische<) Netzwerk durch ihr eigenes Janša-höriges Netzwerk ersetzt. Das Projekt des »Janšismus« wird also erst dann abgeschlossen sein, wenn es alles erobert hat, wenn der letzte Feind vernichtet ist« (Plavčak 2020).

## DIE WAHLEN ZUR NATIONALVERSAMMLUNG 2022

Wie erwähnt, rief das Verhalten der regierenden SDS in der Öffentlichkeit großen Widerstand hervor. Die Zivilgesellschaft organisierte während Janšas Amtszeit jeden Freitag mehr als 100 Protestaktionen. Trotz des Drucks der Zivilgesellschaft blieb die SDS-Regierung jedoch bis zu den Wahlen im April 2022 an der Macht. Doch selbst die großzügigen finanziellen Mittel, der gestärkte Medienapparat und die Vereinnahmung vieler gesellschaftlicher Teilbereiche verhalfen der SDS nicht mehr zum Wahlsieg. Die Wahl gewann die neue linksliberale Partei *Gibanje Svoboda* (GS, Freiheitsbewegung), die erst einige Monate vor den Wahlen gegründet worden war. Es ist eine Besonderheit des letzten Jahrzehnts, dass die Wähler\*innen zum dritten Mal eine neue linksliberale Partei unterstützt haben, die erst kurz vor den Wahlen gegründet wurde, und somit zum dritten Mal ein deutliches Misstrauensvotum gegen die Regierung Janša abgegeben haben.

Interessanterweise zogen 2018 neun Parteien ins Parlament ein, die über die Vier-Prozent-Hürde kamen, während 2022 viele Parteien Stimmen an die GS verloren und somit nur fünf Parteien ins Parlament einzogen. Die jetzige Regierungskoalition besteht aus der Freiheitsbewegung (GS) mit Robert Golob als Premierminister, den Sozialdemokraten (SD) und der Linkspartei (L), die nach zwei Legislaturperioden in der Nationalversammlung zum ersten Mal an der Regierung beteiligt ist.

## SYNDIKALISMUS, RECHTSPOPULISMUS UND DIE EXTREME RECHTE IN SLOWENIEN

Die slowenischen Gewerkschaften wollten während Janšas letzter Amtszeit (März 2020 – Juni 2022) möglichst konstruktive Arbeit leisten. Nach den Erfahrungen mit seinen beiden vorangegangenen Regierungen hatten sie jedoch nicht mit den Eskalationen

Tabelle 1  
Parlamentswahlen in Slowenien 2018 und 2022 (Angaben zu den Parteien in Prozent)

Partei	2018	2022
Freiheitsbewegung (Gibanje Svoboda, GS)	–	34,45
Slowenische Volkspartei (Slovenska demokratska stranka, SDS)	24,92	23,48
Neues Slowenien (Nova Slovenija, NSi)	7,16	6,86
Sozialdemokraten (Socialni demokrati, SD)	9,93	6,69
Die Linke (Levica, L)	9,33	4,44
Marjan Šarec Liste (Lista Marjana Šarca, LMŠ)	12,60	3,72
Partei von Alenka Bratušek (Stranka Alenke Bratušek, SAB)	5,11	2,61
Slowenische Nationalpartei (Slovenska nacionalna stranka, SNS)	4,17	1,49
Partei des modernen Zentrums (Stranka modernega centra, SMC)	9,75	–
Slowenien vereinen! (Povežimo Slovenijo PoS)*	–	3,41
Demokratische Pensionistenpartei Sloweniens (Demokratska stranka upokojencev Slovenije, DeSUS)	4,39	0,66
Sonstige	21,97	12,19

\* PoS ist eine 2022 gebildete Koalition aus SMC und mehreren kleinen Parteien  
Quelle: Nationale Wahlkommission, [www.dvk-rs.si](http://www.dvk-rs.si)

gerechnet, die dann folgten. Der Wirtschafts- und Sozialrat (ESS) berücksichtigte die Vorschläge der Gewerkschaften immer weniger. Die Corona-Krise war für die Regierung ein willkommener Vorwand, um Entscheidungen zu treffen, ohne sich wirklich mit den Gewerkschaften abzustimmen. Im Mai 2021 wurden die Verhandlungen im Rahmen des ESS ausgesetzt. Um den sozialen Dialog war es so schlecht bestellt wie nie zuvor in der slowenischen Geschichte; erst als die Regierung Janša beendet war, lief er wieder an.

Trotzdem hielten die Gewerkschaften sich mit ihrer Kritik an der Regierung zurück. Offiziell hatten sie an einigen Protesten gegen die Regierung teilgenommen, aber größere Kritik kam von ihrer Seite nicht. Ein Grund war die von jeher apolitische Haltung der Gewerkschaften. Ein zweiter Grund war, dass die

Gewerkschaften, die einst das sozialistische Regime in Jugoslawien unterstützt hatten, sich nach der Unabhängigkeit neutral, unabhängig und möglichst politikfern zeigen wollten.

Darüber hinaus halten die Gewerkschaften sich mit politischen Stellungnahmen häufig zurück, weil sie befürchten, damit die Mitglieder bestimmter (auch extremer) politischer Parteien zu verprellen. Damit sitzen die Gewerkschaften jedoch selbst in der Falle, da sie genau damit nicht alle Mitglieder gewinnen können – insbesondere nicht diejenigen, die eine solche Haltung ablehnen und deshalb nicht Gewerkschaftsmitglieder werden. Seit der Unabhängigkeit ist in Slowenien, wie erwähnt, ein Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades zu verzeichnen. Gal Kirn, der an der Technischen Universität Dresden und an der Philosophischen Fakultät in

Ljubljana forscht, weist darauf hin, dass Arbeitnehmer\*innen mehr sind als bloß Träger einer Berufsbezeichnung und dass sie noch andere Zugehörigkeiten haben. Er unterstreicht, dass der Rechtspopulismus die Arbeitnehmerschaft entlang ethnischer Grenzziehungen und Identitätszuschreibungen weiter fragmentiert hat. Gerade hier sieht Kirn einen möglichen Ansatzpunkt für einen Kampf der Arbeiter\*innen, der sich der Klassensolidarität verpflichtet fühlt. »Arbeitskämpfe dürfen nicht getrennt voneinander geführt, sondern müssen als Teil eines gemeinsamen Kampfs verstanden werden. Sie dürfen keine weiteren Identitätszuschreibungen schaffen, die die ausländischen Arbeitnehmer\*innen als anders geartet darstellt. Solche politischen Ansätze werden dann als Kulturphänomene verpackt, und das Klassenbewusstsein bleibt auf der Strecke«, so Kirn.

Mirsad Begić, der Vorsitzende der Freien Gewerkschaften Sloweniens (SSS), die innerhalb des größten Dachverbandes der Gewerkschaften ZSSS operieren, räumt (selbst-)kritisch ein, dass der Rechtspopulismus etwas anspreche, was die Gewerkschaften anzusprechen versäumen. »Vieles von dem, wofür der Rechtspopulismus eintritt und was sich von der Gewerkschaftsbewegung in Slowenien und anderswo unterscheidet und/oder ihr entgegengesetzt ist, rührt von den Unzulänglichkeiten, Versäumnissen und übersehenen Herausforderungen unserer Agenda her. Insbesondere untergräbt der Rechtspopulismus die Mobilisierungs-, Organisations- und Aktionsmöglichkeiten der Gewerkschaften und der Bevölkerung und behindert ein zukunftsorientiertes Verständnis der wirtschaftlichen Grundlagen und Praktiken, der Umweltprobleme und der demografisch-technologischen Herausforderungen«. Auch, so Begić, seien die Gewerkschaften zu unpolitisch. Dies sei einer der Gründe, warum sie die beschriebenen Probleme nicht angehen können. Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, sieht er die Gewerkschaften nicht in der Lage, gegen rechte Politik oder gar gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zu kämpfen, und benennt dies als Problem: »In der Vergangenheit haben die Gewerkschaften sich immer für (mehr) Gleichheit, die (schrittweise) Gleichstellung der Menschen, die wirtschaftliche und soziale Verbesserung der Verhältnisse und die kulturelle Konvergenz aller Bevölkerungsteile eingesetzt. Daher sind alle konkreten Vereinbarungen, die die Arbeitswelt betreffen (Tarifverhandlungen und -verträge, Sozialpolitik, interne Debatten usw.) und der genannten strategischen politisch-wirtschaftlichen Orientierungen folgen, konträr zur Politik und zu den Methoden des Rechtspopulismus und seiner weitaus gefährlicheren Schwester, der extremen Rechten, und hebeln diese aus.«

Hana Radilovič, ehemals Vorsitzende der »Bewegung für menschenwürdige Arbeit und Wohlfahrts-gesellschaft« und Investigativjournalistin des Webportals *Pod Črto*, bezeichnet die Gewerkschaften in Slowenien als altmodisch: »Die jahrzehntelange Verherrlichung der politischen Organe und Verfahren des sogenannten sozialen Dialogs haben dazu geführt, dass die Gewerkschaft immer bürokratischer und politisch passiv wurden. Deshalb glaube ich, dass der unzeitgemäße Charakter der Gewerkschaften ihnen heute am meisten im Wege steht.« Radilovič fordert, die Gewerkschaften sollten streitbarer werden und den Kampf gegen den Kapitalismus aufnehmen: »Sie sollten sich aus der Blase des sozialen Dialogs befreien und sich an breiteren Aktionen beteiligen.« Als Beispiel nennt sie die Gewerkschaft *Lidl*, die beschlossen hat, während der Kampagne zum Wassergesetz eine aktive Rolle zu übernehmen. Es ist zu selbstverständlich geworden, dass gewerkschaftliches Handeln sich auf Rechtsdienstleistungen beschränkt und dass in Verhandlungen nur hochrangige Gewerkschaftsbürokraten eingebunden werden, ohne dass die breite Mitgliedschaft ein Mitspracherecht hat. Erfolgreich sind heute die kämpferischen Gewerkschaften, die sich nicht von den leeren Versprechungen des sozialen Dialogs beirren lassen; diese schaffen es, den Menschen ein Gefühl der Zugehörigkeit und der Hoffnung zu vermitteln und ihrer materiellen Unsicherheit mit realistischen wirtschaftlichen Lösungen zu begegnen – und damit ein Gegengewicht zu den rassistischen Projekten der Parteien zu schaffen. »Die Mitglieder direkter in die Entscheidungen der Gewerkschaft und in die Verhandlungen mit externen Akteuren einzubeziehen, ist ein entscheidendes Mittel, um die Motivation zu erhalten, die Mitglieder zu binden und Solidarität zu schaffen«, meint Hana Radilovič.

Mojca Žerak, Aktivistin und Mitglied der Gewerkschaft *Mladi plus* (Union der Jugend), ist der Ansicht, dass der Rechtspopulismus in Slowenien die Interessen der Arbeitnehmer\*innen ebenso bedroht wie der Neoliberalismus, indem er »die Privatisierung von Gemeinwohlbereichen wie Bildung, Gesundheitsversorgung und öffentlichem Verkehr befürwortet, indem er die Abschaffung des Wohlfahrtsstaates und die Streichung von Hilfen für sozial schwache Gruppen befürwortet, indem er sich generell gegen die gewerkschaftliche Organisierung wendet, indem er von den Arbeitskräften mehr Flexibilität fordert usw. Gerade weil der Rechtspopulismus im politischen und wirtschaftlichen Bereich die gleichen Maßnahmen wie die vorherrschende neoliberale Ideologie befürwortet, halte ich das für eine sehr gefährliche Mischung«, so Žerak. Ihrer Meinung nach besteht das Problem in Slowenien darin, in einem zu eng gefass-



ten Verständnis von Gewerkschaftsarbeit: »Gewerkschaften oder Gewerkschafter müssen verstehen, dass Einwanderer auch Arbeitnehmer sind, dass Arbeitnehmer Mitglieder der LGBT-Gemeinschaft sind, dass Arbeitnehmerinnen alleinerziehende Mütter sind, dass Arbeitslose und prekär Beschäftigte auch Teil der Arbeiterklasse sind. Einige von ihnen sind Teil der aktiven Arbeiterschaft, andere »Reserve«-Arbeitskräfte, die je nach den Bedürfnissen des Kapitals schnell mobilisiert werden können (zum Beispiel durch den Import ausländischer Arbeiter, wenn die slowenische Wirtschaft sie braucht). Grundsätzlich denke ich, dass in der Gewerkschaftsbewegung das Verständnis von Arbeiterklasse oder Arbeiter sehr eng gefasst ist und sich auf Menschen beschränkt, die einen Arbeitsvertrag haben und Mitglied einer Gewerkschaft sind.«

Da in Slowenien die Gewerkschaftsmitglieder mehrheitlich vollzeitbeschäftigt sind, setzen die Gewerkschaften sich vor allem für diese Gruppe ein. Andere wie etwa prekär Beschäftigte und vor allem jüngere Arbeitnehmer\*innen bleiben dabei auf der Strecke. Dies schwächt die Gewerkschaften langfristig; als externer Faktor, der die Macht der Gewerkschaften schwinden lässt, kommt die Ausbreitung der Prekariät hinzu, die den Gewerkschaften Mitglieder entzieht. Aus diesem Grund betont Žerak, dass die Gewerkschaften »zunächst begreifen müssen, dass sie weitere Kreise von arbeitenden Menschen zu vertreten haben, und sich darüber klar werden müssen, was diese Personengruppe und ihre vielen Teilgruppen für ein menschenwürdiges Leben brauchen, das über menschenwürdige Arbeit für menschenwürdige Bezahlung hinausgeht. Nur so schaffen sie die Grundlage für ein breiteres gewerkschaftliches Handeln, das beispielsweise prekär Beschäftigte, ausländische Arbeitskräfte, Arbeitslose usw. nicht ausschließt.

## LITERATUR

- Di Tella, Torcuato** (1995): »Populism«, in: Lipset, Seymour M. (Hrsg.): *The Encyclopedia of Democracy*, Congressional Quarterly Books, Washington, S. 985–989.
- Glassner, Vera** (2013): »Central and eastern European industrial relations in the crisis: national divergence and path-dependent change«, in: *Transfer: European Review of Labour and Research* 19 (2), S. 155–169.
- Klarič, Matej** (2021): "Slovenska tranzicija v kontekstu krize svetovno-sistemskega akumulacijskega cikla". Dissertation, Faculty of Social Sciences, Ljubljana.
- Lowinger, Jake** (2009): "Economic reform and the Double movement in Yugoslavia: An analysis of labour unrest and ethno-nationalism in the 1980s". Dissertation, John Hopkins University, Baltimore, Maryland.
- Mekina, Borut** (2020): "Razkriti neonacisti v rumenih jopičih", in: *Mladina* (online), 1.7.2020, <https://www.mladina.si/199506/razkriti-neonacisti-v-rumenih-jopicih/>.
- Plavčak, Rok** (2020): "Sedem tez o janšizmu", in: *Mladina* (online), 22.12.2020, [https://www.mladina.si/203797/sedem-tez-o-jansizmu/?fbclid=IwAR3E2XK-DlXrMRMFbbbehWdkGWVrQb\\_wA2k8qgluYzWuQjsPs3xsYZXLUjCOc](https://www.mladina.si/203797/sedem-tez-o-jansizmu/?fbclid=IwAR3E2XK-DlXrMRMFbbbehWdkGWVrQb_wA2k8qgluYzWuQjsPs3xsYZXLUjCOc).
- Popović, Milan** (1996): *Posle hladnog rata*, Kulturni centar.
- Šalaj, Berto** (2018): "Demokracija pomeni vladavino ljudstva, a kaj je populizem?", in: *Zofijini ljubimci* (online), 21.3.2018, <http://zofijini.net/demokracija-pomeni-vladavino-ljudstva-a-kaj-je-populizem/>.
- Silva-Jáuregui, Carlos** (2004): "Macroeconomic stabilization and sustainable growth", in: Mrak Mojmir / Rojec, Matija / Silva-Jáuregui, Carlos (Hrsg.): *Slovenia: From Yugoslavia to the European Union*, The World Bank, Washington D.C., S. 115–131.
- Stanojević, Miroslav / Klarič, Matej** (2013): "The impact of socio-economic shocks on social dialogue in Slovenia", in: *Transfer: European Review of Labour and Research* 19 (2), S. 2017–2226.
- Stöss, Richard** (2017): »Trade Unionans and Right-wing extremism in Europe«, Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/13464.pdf>.
- Visser, Jelle** (2011): »Variations and trends in European industrial relations in the 21st century's first decade«, in: *European Commission Industrial Relations in Europe 2010*, Luxembourg, Publication Office of the European Union, S. 17–53.
- Wolf, Ernst** (2014): *Pillaging the World: The History and Politics of the IMF*. Marburg, Tectum Verlag.

## ÜBER DEN AUTOR

**Matej Klarič** hat an der Universität von Ljubljana in Politikwissenschaften promoviert. Er arbeitete als Journalist und schrieb für mehrere slowenische Medien, unter anderem für die Zeitung *Delavska enotnost* (Einheit der Arbeiter). Bis vor Kurzem war er beim Verband Freier Gewerkschaften Sloweniens angestellt und ist derzeit Leiter der Öffentlichkeitsarbeit im slowenischen Ministerium für Arbeit, Familie, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit.

### IMPRESSUM

**Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.**

Godesberger Allee 149 | 53175 Bonn | Deutschland  
E-Mail: [info@fes.de](mailto:info@fes.de)

Herausgebende Abteilung:  
Internationale Zusammenarbeit | Globale und Europäische Politik

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion:  
Dr. Marc Meinardus | Europäische Gewerkschafts- und Sozialpolitik  
[marc.meinardus@fes.de](mailto:marc.meinardus@fes.de)

Design/Layout: [pertext](http://pertext.de), Berlin | [www.pertext.de](http://www.pertext.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

